



SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin

Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Zu Jahresbeginn schaut man gerne optimistisch in die Zukunft. Doch in diesem Jahr gibt es bislang wenig Grund für Optimismus. Das grüne Wirtschaftswunder, das Bundeskanzler Olaf Scholz im Frühjahr 2023 ausrief, wurde immer noch nicht gesichtet. Stattdessen ist das Land im vergangenen Jahr in eine Rezession gerutscht. Und die ersten Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten auch für dieses Jahr statt leichtem Wachstum bereits eine neuerliches Minus von 0,3 Prozent. Bei Landwirten, Spediteuren, Handwerk und Gastronomie rumort es hörbar und sichtbar. Schlechte Rahmenbedingungen für gute Stimmung im Land.

Und so begann die erste Sitzungswoche des Bundestages im neuen Jahr laut. Tausende Landwirte protestierten mit ihren Traktoren in der Nähe von Kanzleramt und Bundestag gegen die Streichung des verbilligten Agrardiesel. Mit dabei Spediteure und Handwerker. Was Ende vergangenen Jahres als Protest der Landwirte begann, hat sich in nicht einmal vier Wochen zu einem breiten Protest gegen höhere Abgaben, Steuern und überbordende Bürokratie ausgeweitet. Entschlossen, aber friedlich. Der neue [Agrarbericht](#) gab Gelegenheit, die

verfahrenre Lage im Bundestag zu diskutieren.

Zu den Tiefpunkten der aktuellen Agrardebatte gehörte der Versuch von Ampelpolitikern, die protestierenden Landwirte in die rechtsextreme Ecke zu stellen. Es wurde von Unterwanderung der Proteste durch den rechten politischen Rand gesprochen. Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir sah gar „Umsturzphantasien“. Ein Blick ins Land zeigte: Nichts von alledem hatte einen Bezug zur Wirklichkeit. Auch bemerkenswert: Özdemir verließ die Regierungsbank noch während der Agrardebatte im Bundestag. Mehr dazu auch in diesem Newsletter.

Die Ampelkoalition hat zum Wochenende endlich einen Haushaltsentwurf durch den zuständigen Ausschuss gebracht. Man fand auch noch neues Geld, aber für die Landwirte hatte man nichts übrig.

Wichtig in der zurückliegenden Woche auch die Debatte über den [Bericht der Wehrbeauftragten](#) mit tiefen – und keineswegs erfreulichen – Einblicken in die Streitkräfte. Fazit: Mängel überall trotz Bundeswehr-Sondervermögen.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Keine guten Nachrichten von der Truppe



In der Bundeswehr herrscht trotz des 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens weiter Mangel an allen Enden und Ecken. Völlig unzureichende Munitionsbestände und Kasernen, von denen zu viele „in einem erbärmlichen Zustand“ sind, listet die Wehrbeauftragte in ihrem neuen Bericht auf. Dazu eine Personalstärke der Truppe, die weit von der Sollstärke entfernt ist. Und: Vom Sondervermögen sei bislang nicht ein einziger Cent in der Truppe angekommen, bemängelt der Bericht.

Ihre Mahnung ist unüberhörbar deutlich. Es seien deutlich stärkere Anstrengungen nötig, um die volle Einsatzbereitschaft der Streitkräfte herzustellen. Allein zweistellige Milliardenbeträge seien erforderlich, um die Munitionsbestände aufzufüllen und Munitionslager zu bauen. Dramatisch auch der Befund zu Kasernen und Infrastruktur: „Wenn es bei dem augenblicklichen Tempo und den bestehenden Rahmenbedingungen bliebe, würde es etwa ein halbes Jahrhundert dauern, bis allein nur die jetzige Infrastruktur der Bundeswehr komplett saniert wäre“, heißt es im Bericht. Überdies fehlen der Truppe gegenwärtig gut 18.000 Soldaten, weshalb die Wehrbeauftragte deutliche

Verbesserungen bei der Personalgewinnung fordert.

Und sie sorgt sich angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine massiv um die Erfüllung der deutschen Bündnisverpflichtungen. Der Verteidigungsetat müsse zügig auf das Nato-Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden, betont sie. Die zugesagten Großverbände u.a. für den Schutz der Nordost-Flanke der NATO müssten mit dem entsprechenden Großgerät und der notwendigen Ausrüstung und Bekleidung der Soldaten ausgerüstet werden. Deutschland hat der Nato für eine glaubwürdige Abschreckung drei kurzfristig einsatzfähige Divisionen mit acht Brigaden und insgesamt 50.000 Soldaten zugesagt.



Sebastian Brehm: „Der Bericht der Wehrbeauftragten ist ein Armutszeugnis für ihren Parteikollegen und Bundesverteidigungsminister

Pistorius. Die Zeitenwende verpufft. Das Sondervermögen wird zum Steinbruch für den regulären Haushalt statt zum Modernisierungsschub für die Truppe. Der von einigen als Hoffnungsträger der SPD ausgerufene Minister bleibt weit hinter den Erwartungen zurück, die er mit seinen öffentlichen Äußerungen schürt.“

Agrarpolitischer Bericht zeichnet schiefes Bild

Alle vier Jahre muss die Bundesregierung einen „Bericht über die Lage der Landwirtschaft“ vorlegen. Jetzt – vor dem Hintergrund massiver Proteste von Bäuerinnen und Bauern gegen die

Streichung des verbilligten Agrardiesels – war es wieder so weit. Das Erstaunliche: Dieser Bericht spart Daten aus der rot-grün-gelben Regierungszeit in wesentlichen Teilen aus. Auch darüber hinaus bleibt der Bericht lückenhaft, die Schlussfolgerungen einseitig. Lückenhaft, weil der wirtschaftspolitische Vorausblick fast vollständig fehlt; einseitig, weil ökologische Belange in allen Bereichen dominieren.

Wer nach den Demonstrationen und Gesprächen der Landwirte mit den Koalitionsspitzen Einsicht erhofft hatte, wurde enttäuscht. Die Ampelkoalition kam ohne klare Vorschläge in den Bundestag. Es reichte nur zu einem Fragenkatalog als Antrag statt Antworten.

Dafür wurden CDU und CSU attackiert, weil sie sich hinter die Landwirte stellten – mit einem [Antrag](#), der einen Verzicht auf die Kürzungen für die Landwirtschaft und auf nationale Alleingängen zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland forderte. Wer gegen die Landwirtschaft stimmte, lässt sich im [Bundestagsprotokoll](#) finden.



Sebastian Brehm: „Die Land- und Forstwirtschaft ist eine Schlüsselbranche mit unverzichtbarem Stellenwert für die Ernährungssicherung im

eigenen Land. Das Leben in den Regionen ist ohne eine wettbewerbsfähige, moderne und zukunftsfeste Landwirtschaft undenkbar. Auf die Probleme der Landwirtschaft reagiert die Ampel-Koalition mit sieben Fragen statt Lösungen anzubieten. Und die einzige Idee des Landwirtschaftsministers sind zusätzliche Belastungen der Verbraucher in Höhe von 3,6 Milliarden Euro.“

Besserer Schutz vor Kindesmissbrauch verhindert



Eine Initiative von CDU und CSU zum besseren Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch ist am Widerstand der Ampelkoalition gescheitert. Mit ihrer Bundestagsmehrheit lehnte sie den [Antrag der Union](#) ab, die vom Europäischen Gerichtshof aufgezeigten Handlungsspielräume zur Speicherung von IP-Adressen zur Stärkung von Polizei und Justiz bei der Verfolgung von schweren Straftaten wie sexuellem Missbrauch von Kindern und Kinderpornographie im Internet auszuschöpfen. Der Antrag sah eine sechsmonatige Speicherung von IP-Adressen und Portnummern vor, damit digitale Tatortspuren den Verursachern sicher zugeordnet werden können.



Sebastian Brehm: „Die IP-Adressen sind gerade bei abscheulichen Verbrechen wie sexuellem Kindesmissbrauch und Kinderpornographie häufig die einzige Spur zu den Tätern. Die Speicherung dieser Daten würde die Ermittlungsbehörden in die Lage versetzen, schwere Kriminalität zu bekämpfen und die Schwächsten in unserer Gesellschaft wirksam zu

schützen. Dass die Ampelkoalition diesen wirksamen Schritt weiter ablehnt, ist ein Skandal.“

CDU und CSU fordern massiven Ausbau der Bioenergie



CDU und CSU machen sich im Bundestag für einen deutlichen Ausbau der Bioenergie stark. In dieser Woche wurde im Bundestag erstmals ein [Antrag der Union](#) diskutiert, in dem unter anderem ein Ende der Beschränkungen des Einsatzes von nachhaltiger Biomasse in Wärmenetzen gefordert wird. Insgesamt werden dafür 23 Maßnahmen vorgeschlagen, um die Potentiale der Biomasse bei der Versorgung mit Strom und Wärme voll ausschöpfen zu können. Dazu gehören unter anderem die dauerhafte Beseitigung oder Anhebung bestehender Leistungsgrenzen sowie die Erschließung und Nutzung vorhandener Potenziale im Bereich Abfall- und Reststoffe zur Erzeugung von Biogas.



Sebastian Brehm: „Die Ampelkoalition setzt bei der Energiewende weiter nur auf Sonne und Wind. Dabei kann Bioenergie einen erheblichen Beitrag zur Energiewende leisten. Dazu müssen aber die bestehenden Hemmnisse beseitigt werden.“

Zu viel ist zu viel

Bauernprotest auch in Nürnberg



Gemeinsam Flagge zeigen gegen zusätzliche Belastungen der Landwirtschaft. Bei der Protestkundgebung in Nürnberg habe ich deutlich gemacht, dass CDU und CSU an der Seite der Bäuerinnen und Bauern stehen. Wer die Axt anlegt an die Landwirtschaft, legt auch die Axt an den Mittelstand, die Metzger, die Bäcker und die Gastwirte. Wir müssen woanders sparen - nicht dort, wo Leistung erbracht wird.

FI Bassar – Stärkung der Partnerschaft mit Togo



Die Partnerschaft mit Bassar in Togo ist dem Klinikum Nürnberg eine Herzensangelegenheit.

Seit mehr als 10 Jahren engagiert sich die Gründerin des Vereins Fi Bassar, Rali Guemedji, für dieses Projekt in ihrer Heimat. Zusammen mit Dr. Karl Bodenschatz und Dr. Franz Köhler haben wir über Möglichkeiten der Unterstützung des Vereins Fi Bassar gesprochen. Der Verein kümmert sich unter anderem auch um den Aufbau von Grundschulen, organisiert Ausbildungspatenschaften oder engagiert sich auch für das Thema Gleichberechtigung von Frauen, was seinen lebendigen Ausdruck u.a. in der Gründung einer Mädchenfußballmannschaft findet. Diesem Verein und seinen ehrenamtlichen Mitarbeitern gilt höchster Respekt.

Nürnberger Schülergruppe zu Gast im Bundestag



Besuch aus der Heimat: 39 Schülerinnen und Schüler der zehnten Jahrgangsstufe des Johannes-Scharrer-Gymnasiums haben sich in dieser Woche in Berlin über die Arbeit des Bundestages informiert. Nach einem Vortrag auf

der Besuchertribüne habe ich mich über einen regen Austausch über politische Themen, die praktische Arbeit im Parlament und die vielfältigen Möglichkeiten des politischen Engagements junger Menschen gefreut. Gerade die Besuche von Schulgruppen ist mir besonders wichtig. Denn nirgends können sich junge Menschen so direkt einen Einblick in politische Entscheidungsprozesse verschaffen wie in der Herzkammer unserer Demokratie, dem Bundestag. Danke für das interessante Treffen!

Studenten und Dozenten der Bucerius Law School zu Gast



Eine Gruppe Studierender und Dozenten der Hamburger Bucerius Law School konnte ich in dieser Woche zu einem Gespräch im Bundestag treffen. Im Mittelpunkt standen dabei das Steuer- und Abgabenrecht sowie Konzepte zur Reform der Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie der Gewerbesteuer. Ein sehr guter Gedankenaustausch.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.